

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD

### **Bahnlärm jetzt verringern!**

Hafenwirtschaft und Logistik sind zentrale Bestandteile der Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven. Das schafft und sichert Arbeitsplätze, führt aber auch zu starken Verkehrsströmen. Diese Verkehre von der Straße auf die Schiene zu verlagern ist ökonomisch und ökologisch der richtige Weg, kann aber zusätzliche Lärmbelastigungen bewirken.

Der Lärm an den Schienenstrecken, verursacht durch veraltetes Bahnmaterial, unzureichend gewartete Gleiskörper und Brücken sowie unzureichende Lärmschutzmaßnahmen, gefährdet die Gesundheit von vielen Menschen in unseren Städten. Die Bremische Bürgerschaft hat hierzu in dieser Legislatur schon maßgebliche Beschlüsse gefasst. Die prognostizierten Wachstumszahlen beim Gütertransport auf der Schiene werden schon heute von stark vom Lärm betroffenen Menschen als Bedrohung empfunden.

Eine angemessene Abhilfe durch Maßnahmen der Deutsche Bahn AG bzw. des Bundes ist bisher nicht erkennbar. Die von der Deutsche Bahn AG vorgelegten Lärmwerte geben heute nur einen rechnerischen Wert wieder, die als besonders störend empfundenen Lärmspitzen werden durch diese Werte nicht abgebildet.

Es besteht dringender Handlungsbedarf, weshalb alle Maßnahmen ergriffen werden müssen, die die Bürgerinnen und Bürger vor gesundheitsgefährdendem Lärm schützen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) ergänzend zu den bisherigen Beschlüssen dieser Legislatur zum Bahnlärmschutz beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

1. auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass eine Rechtsgrundlage für qualifizierte Geschwindigkeitsbegrenzungen für laute Züge geschaffen wird, um die Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Stadtgebiete vor Bahnlärm zu schützen.
2. darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der 2012 wieder anstehenden Kartierung des Bahnlärms zur Kontrolle systematische Lärmmessungen an den Bahnstrecken durchgeführt werden, um den Bürgerinnen und Bürgern eine verlässliche Datengrundlage zu bieten.
3. auf Basis der Maßnahmenplanung der Deutsche Bahn AG (DB) bzw. des Bundes in Abstimmung mit dem Magistrat und der Regionalkonferenz der betroffenen Beiräte eine eigene Priorisierung der kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Lärmreduzierung an den Bahnstrecken im Lande Bremen zu erstellen und gegenüber der DB bzw. dem Bund zu vertreten.

Dr. Maike Schaefer, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Jens Dennhardt, Reimund Kasper, Manfred Oppermann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD